

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/204 - 9. September '961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	<u>Das Revier steht zu Berlin</u> Mut, Entschlossenheit und Siegeszuversicht	65
2 - 4	<u>Die Frau von heute in Familie und Beruf</u> Von Hety Schmitt-Maess Frauenreferentin beim SPD-Parteivorstand	135
5 - 6	<u>Am 11. September - Wahlen in Norwegen</u> Günstige Aussichten für die sozialdemokratische Mehrheitsregierung Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	61
7 - 8	<u>Frühe Quellen</u> Die Propagandazentrale in Melås	95

* * *
* *

Das Revier steht zu Berlin

Mut, Entschlossenheit und Siegeszuversicht

sp - Von den Grosskundgebungen der letzten Tage und Wochen anlässlich der Bundestagswahlen am 17. September sticht die Kundgebung der deutschen Sozialdemokratie in der Dortmunder Westfalenhalle besonders hervor. Sie stand unter dem Motto: Das Revier steht zu Berlin. Und dies war kein leeres Wort: die Resonanz, die es fand, bestätigte den Satz, den einst der unvergessliche Ernst Reuter prägte: in den Herzen der Berliner und den Bewohnern des Ruhrgebietes fliessen Ruhr und Spree zusammen.

Es hatte, um die Riesenhalle, Stätte glanzvoller Veranstaltungen, zu füllen, keines besonderen Propagandaaufwandes bedurft. Die Massen kamen, um ihre unzerreissbare Verbundenheit zum schwerbedrängten Berlin zu bekunden, sie kamen, um den Mann zu hören, der es mit seiner Mannschaft unternommen hat, dem deutschen Schicksal eine Wende zum Besseren zu geben. Sie hörten den Bannträger von Berlin und den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, Willy Brandt, siegeszuversichtlich wie nie zuvor, Vertrauen ausstrahlend, Vertrauen gewinnend. So kann nur ein Mann auftreten, der weiss, dass ihn nicht nur die ihn stützende Partei trägt, sondern der auch spürt, dass alle guten und der Zukunft zugewandten Kräfte in unserem Volke auf ihn grosse Erwartungen und Hoffnungen setzen. Mit ihm und seiner Partei kündigt sich ein Stillstand in der deutschen Politik an. Ihn haben wir bitter nötig.

Den Feinden unseres Volkes, den Zerstörern seines inneren Zusammenhanges darf nicht das schauerliche Bild innerer Selbstzerfleischung geboten werden. Es gilt, die geistigen und sittlichen Kräfte unserer Nation auf den Höchststand zu bringen, dem Zwiespalt ein Ende zu bereiten und unseren Freunden und Gegnern zu zeigen, dass wir im freien Teil Deutschlands wohl fähig sind, Freiheit und Demokratie zu bewahren, allen unseren Bürgern eine wahre Heimstatt zu geben und den Kampf um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes mit friedlichen Mitteln zu führen.

Dazu bedarf es einer Erneuerung von innen und nach aussen. Freiheitsliebe und Friedenswille des deutschen Volkes müssen sichtbarer und ausdrucksvoller nach innen und aussen zur Geltung kommen, als es bisher der Fall war. Die Zeit der Bequemlichkeit, des Sich-gehen-Lassens, des Nicht-zur-Kennntnis-Nehmen dessen, was sich an gewaltigen Veränderungen um uns abspielt, ist abgelaufen. Sie kehrt nicht wieder. Der 13. August und seine noch unübersehbaren Folgen für uns und die Welt erfordern von uns allen eine ungeheure, alle Energie ausschöpfende Kraftanstrengung. Denn unser Volk wird, wie Brandt sagte, "verloren sein, wenn es seine Kräfte nicht zusammenfaßt und dazu ist die Führung der heutigen Regierung nicht bereit oder nicht instande."

Und darum geht es. Gewiss, unser Volk hat nach dem grössten Zusammenbruch, den es in seiner Geschichte erlitt, Gewaltiges an Wiederaufbauarbeit geleistet, es hat neue Städte in der Bundesrepublik entstehen lassen, blühender und schöner als je zuvor, es hat sich nicht der Verzweiflung hingegeben, es ist mit verbissener Energie daran gegangen, wieder ein Gemeinwesen in freier Form unseres Vaterlandes zu errichten, das uns vielfache Bewunderung in der Welt einbringt und eine schreckliche Vergangenheit als Traum erscheinen lässt. Aber all' das ist heute infrage gestellt, das sechste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts verlangt von uns ganz andere Aufgaben und auch eine andere Einstellung dazu.

Über uns und der Welt hängt das Damoklesschwert der Friedensbedrohung. Zwar weiss jedermann, der Krieg im Atomzeitalter ist kein Mittel mehr, um politische Streitfragen zwischen Staaten und Völkern zu lösen. Wer zu ihm greift, begeht kollektiven Selbstmord, beladet sich mit lauchtbarster Schuld. Das deutsche Volk, dezimiert durch zwei Weltkriege in einer Generation, lässt sich von keinem anderen Volk an Friedensliebe übertreffen. Das Zerrbild eines kriegslüsternden, auf Revanche sinnenden Deutschland existiert nur in den Köpfen östlicher Propagandisten, es entspricht in keiner Weise der Wirklichkeit. - Man kann jedoch nicht nur vom Frieden sprechen, man muss auch für ihn viel tun! Die in Dortmund verkündeten Grundsätze, von denen sich eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung leiten lassen wird und die unmittelbaren Schritte, die sie zu unternehmen gedenkt, bieten die Gewähr dafür, dass von deutscher Seite, bei Wahrung des Rechtes auf Freiheit und Selbstbestimmung, alles unternommen wird, um der Welt die Tragödie eines dritten Weltkrieges zu ersparen.

Die Lichter, die in der Dortmunder Westfalenhalle im Gedenken an Berlin aufflamnten, leuchteten nicht nur für Berlin, sie leuchteten für uns alle als Sinnbild der Hoffnung, des Mutes und der Entschlossenheit, den Weg für eine bessere Zukunft nach dem 17. September zu öffnen. Er wird nicht das Ende, es wird der Beginn eines neuen Anfangs sein.

Die Frau von heute in Familie und Beruf

Von Hety Schnitt-Maass
Frauenreferentin beim SPD-Parteivorstand

Noch immer befinden sich viele Frauen im Zwiespalt, wenn es um die Frage geht zu entscheiden, ob Ehe und Familie für sie wichtiger seien als der Beruf. Nicht selten möchten sie gern beides miteinander verbinden - zuweilen müssen sie es auch aus materiellen Gründen - doch Konflikte scheinen in solchen Fällen unvermeidlich, hauptsächlich durch die Verständnislosigkeit der Umwelt. Nicht die vielbeschriebene Tatsache der "Doppelbelastung" von berufstätigen Hausfrauen allein macht ihr Leben so schwierig, wie sie es meist empfinden; mehr noch belastet sie die Gewissheit, dass sie ihre vielfältigen Pflichten nicht alle mit der gleichen Vollkommenheit zu erfüllen vermögen: Nie wird ihr Haushalt so gepflegt und werden ihre Kinder so gut versorgt sein, wie das bei "Nur-Hausfrauen" der Fall sein mag - so denken sie; und im Beruf empfinden sie nicht selten, dass sie jenen Kolleginnen an Leistungskraft unterlegen sind, die sich ganz oder vorwiegend auf diese Arbeit konzentrieren können. Immer haben sie ein schlechtes Gewissen - während der Arbeitszeit, weil sie vielleicht zu Hause gebraucht würden - zu Hause, weil sie ihre Zeit und Kraft nun nicht aufsparen, um am nächsten Tag wieder voll einsatzfähig im Dienst zu sein. Mit eines einzigen Menschen Arbeitsfähigkeit müssen sie zwei volle Berufe nebeneinander erfüllen. Wieviel leichter würde das Leben sein, wenn wenigstens liebe Nachbarinnen, die den ganzen Tag ungeteilt zu Hause sein können, gelegentlich beispringen möchten; diese aber keinen mitunter, wer nicht zu arbeiten "brauche" und es dennoch tue, solle dafür gründlich bestraft werden - "es geschieht ihnen ganz recht, wenn sie teuer bezahlen müssen, was sie verdienen!"

Wir sollten aber nicht vergessen, wie einst um die Befreiung der Frau gerungen worden ist, mehr als ein Jahrhundert hindurch! Den weiblichen und männlichen Verfechtern dieser Emanzipationsbewegung war es in gleichem Maße um die politische, um die rechtliche und nicht zuletzt um die materielle Befreiung der Frauen zu tun - und das aus guten Gründen. Ein Zurückweichen auf einem dieser drei Gebiete ist undenkbar, wenn nicht alles wieder in Frage gestellt wird, was für die Frauen von heute erreicht worden ist. Inzwischen hat sich lediglich gezeigt, dass mit der Lösung alter Probleme sofort deren neue entstehen; das kann aber nur den Weg vorwärts eröffnen, denn auch diese neuen Probleme müssen auf neuen Wegen gelöst werden!

Trennung von Heim und Arbeitswelt

Welches sind denn die Gründe dafür, dass das Frauenleben oft schwerer geworden scheint, als es vor hundert Jahren bereits gewesen ist? Wir können die Schilderungen früherer Verhältnisse in vielen Büchern finden, und daraus wird uns klar: Mit der Arbeitsteilung in der industriellen Gesellschaft ist in der Regel der Arbeitsplatz aus dem Raum der Familie hinausverlagert worden in einen fremden Betrieb. Heim und Arbeitswelt sind seitdem gewöhnlich getrennt. Diese Situation traf zuerst für den Mann genau so zu, wie sie jetzt auch für viele Frauen eingetreten ist. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass die Frauen

früher das Fehlen des Vaters in der Familie während des grössten Teils der Tage zu ersetzen suchten; stillschweigend übernahmen sie seinen Anteil an häuslichen und erzieherischen Pflichten mit, seit Arbeit und Leben sich für ihn verlagerten. Niemand hat in den jüngst vergangenen Tagen dem Männe etwa den Vorwurf gemacht, er vernachlässige die Familie! Es war ganz selbstverständlich, dass es keine andere Möglichkeit für ihn gab, als der industriellen Entwicklung zu folgen. Die Frau aber, die sich heute vielfach in einer entsprechenden Lage findet, nimmt neben der grösseren physischen Belastung auch die seelische mit in Kauf, dass ihr geradezu vorgeworfen wird, sie teile ihren Pflichtenkreis und das Familienleben in zwei Hälften! Wie verhält es sich damit nun wirklich?

Neun Millionen berufstätige Frauen!

Zunächst sei festgestellt: Mehr als neun Millionen Frauen sind in der Bundesrepublik heute berufstätig - einschliesslich der Selbständigen - 3,6 Millionen von ihnen sind verheiratet und 2,5 Millionen von ihnen haben Kinder. Sie alle erfüllen die doppelte Verpflichtung und müssen dasselbe Problem lösen. Die Berufstätigkeit der Frau dürfte zahlenmässig weiter zunehmen, zumal sie von der Wirtschaft gebraucht, gesucht und umworben wird. Niemand sollte ihr das Recht auf einen eigenen Beruf beschneiden, aus welchen Gründen auch immer sie ihn ausübt. Nur das eine stimmt die Öffentlichkeit bedenklich: Wenn ein grosser Teil von Müttern als Grund für ihre Berufstätigkeit angeben muss, der Verdienst ihres Mannes reiche nicht aus, um die Familie zu versorgen. (Nach einer DGB-Umfrage ergab sich diese Antwort bei nicht weniger als 60 Prozent der berufstätigen Mütter.) Die SPD fordert seit Jahren, dass Mütter von Kleinkindern nicht genötigt sein sollen, aus wirtschaftlichen Gründen einem Erwerb nachzugehen. Eine solche Forderung birgt die politische Konsequenz in sich, dass man die Familie wirtschaftlich sichern oder einen Ausgleich der Familienlasten anstreben muss. Die vielfältigen Einzelvorschläge hierzu können nur angedeutet werden, soweit das sozialdemokratische Regierungsprogramm dazu Aussagen macht. Einige Beispiele nur:

Verkürzung der Arbeitszeit - auf Wunsch Halbtags- bzw. Teilzeitbeschäftigung für diese Frauen.

Vermehrung der Kindertagesstätten.

Der Familienlastenausgleich muss verbessert werden, besonders durch Einführung des Kindergeldes für alle Zweitkinder, sowie durch Erziehungs- und Ausbildungszuschüsse. (Es geht nicht an, dass gerade diejenigen Mütter, die das Familieneinkommen mit ihrer Berufsarbeit zu verbessern suchen, durch Entzug des Kindergeldes dafür bestraft werden, wie es jetzt geschieht!)

Wesentliche Verbesserung des Mutterschutzes - insbesondere durch Verlängerung der arbeitsfreien Schonfristen vor und nach der Geburt.

Volle Verwirklichung der Lohngleichheit und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Mindestens drei und möglichst vier Wochen Urlaub.

Alle Frauen sollten mit 60 Jahren eine Rente bekommen können - und zwar 75 Prozent des Arbeitsverdienstes, das der Beitragszahlung zugrundeliegt, mindestens aber 225,- DM.

Bessere Berufsausbildung ist erforderlich

Und noch ein Punkt muss berücksichtigt werden, vergleicht man die Leistung des Mannes mit der der Frau: Das Leben des Mannes verläuft geradlinig von der Schulzeit über eine Ausbildungszeit in die Welt des Berufes, der sein Leben und seine Entwicklung bestimmt. Das Leben der Frau aber wechselt von einer Phase in die andere über, und jedesmal bedarf es einer seelischen und geistigen Umstellung. Das Mädchen gelangt heute von der Schule meist in einen Beruf, den sie bis zur Eheschliessung behält; nach der Familiengründung behält sie den Beruf oft bei, doch tritt er dann zwangsläufig in den Hintergrund, und nicht selten gibt die junge Frau ihre Arbeit ausser Hause ganz auf, mindestens so lange die Kinder klein sind und ihrer voll und ganz bedürfen.

Dies sind zwei entscheidende Phasen im Frauenleben, die neuerdings von einer dritten Phase abgelöst werden - sobald die Kinder heranwachsen, verspüren mehr und mehr Frauen das Bedürfnis, ihren Leben einen neuen Inhalt zu geben, und sie versuchen, in den Beruf zurückzukehren. Dies zu ermöglichen, sollte uns politische Verpflichtung werden - um der Arbeitswelt willen, um der Gesellschaft willen, nicht zuletzt aber um dieser Frauen selbst willen. Sie werden von Jugend auf eine andere Einstellung zum Beruf gewinnen, wenn sie wissen, dass er mehr für sie bedeutet, als eben nur die Zeit auszufüllen, "bis man einen Mann gefunden hat" - sie werden während der berufslosen Jahre, sofern sie der Familie zuliebe alles wieder aufgeben, was sie sich hierfür errungen hatten, darum bemüht sein, den Kontakt zu ihrem Beruf dennoch nicht ganz zu verlieren - und sie werden ein Beispiel dafür geben, welche Bereicherung des Familienlebens es bedeutet, wenn die Hausfrau durch ausserhäusliche Interessen in der Lage ist, die Sorgen und die Freuden des Mannes wie der heranwachsenden Kinder zu verstehen.

Deshalb wäre es falsch, die Probleme der berufstätigen Frau als etwas Negatives anzusehen und die vielen positiven Elemente zu übersehen, die weitaus überwiegen. Allerdings müssen der Frau von heute mehr Hilfen gewährt werden als bisher, damit sie ohne Schaden an Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Lebensglück ihren vielfältigen Aufgaben gerecht werden kann und - mehr noch - damit sie dem Leben der modernen Gesellschaft nach und nach ihren eigenen Stempel aufprägen lernt.

Am 11. September - Wahlen in Norwegen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Basten

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Norwegens erhofft sich von den Stortingswahlen, die am Montag, den 11. September stattfinden, eine Bestätigung ihrer bisherigen langjährigen Aufwärtslinie. Wenn auch diesmal einige neue Faktoren den Wahlkampf geprägt haben, wird bei den meisten norwegischen und skandinavischen Beobachtern damit gerechnet, dass die Hoffnung der Regierung Einar Gerhardsens in Erfüllung geht, wieder die Mehrheit zu erlangen. Vor allem deshalb, weil die Oppositionsparteien rechts und links ausserstande waren, weder eine politische Alternative von Durchschlagskraft aufzuzeigen noch politische Persönlichkeiten in den Vordergrund zu stellen, die die Stellung der Regierungspartei und die Popularität Gerhardsens ernsthaft bedrohen konnten.

Trotz aller Bemühungen kamen die drei kleinen bürgerlichen Oppositionsparteien, die eine gemeinsame Plattform suchten, in dieser Hinsicht zu kurz. Die liberale Partei Venstre, die Bauernpartei (oder Zentrumspartei, wie sie sich nennt) und die christliche Volkspartei konnten sich über ein gemeinsames Wahlprogramm nicht einigen. Hinzu kam, dass alle drei ein Zusammengehen mit der vierten und grössten Oppositionspartei, der Rechtspartei (Høyre) strikt ablehnten. Die bürgerliche Opposition macht den Eindruck eines gespaltenen Bildes, wobei der Rechtspartei die grösseren Chancen gegeben werden, von dieser Lage zu profitieren. Mit ihren 29 Mandaten kann aber Høyre auch bei einigen Gewinnen nicht viel erreichen, weil die drei anderen (die liberale Venstre hat z.Zt. 15; die Bauernpartei 15 und die christliche Volkspartei 12) eine Regierungskoalition mit Høyre verweigern.

Auf der linksradikalen Seite versuchen die Kommunisten verzweifelt ihr einziges Mandat zu retten, werden aber von der neuen sozialistischen Volkspartei - eine Nachahmung der dänischen Volkssozialisten unter Leitung des ehemaligen Kommunistenführers Aksel Larsen - bedroht. Auch für den neutralistischen Flügel der ziemlich heterogenen liberalen Venstrepartei könnten die "Volkssozialisten" gefährlich werden, weil sie besonders an die städtischen Intellektuellen appellieren, die dem pazifistischen "Stadt-Liberalismus" bisher zugeneigt waren. Aber das

Wahlgesetz ist früher den kleinen Splittterparteien zum Verhängnis geworden und könnte es auch diesmal werden. Der Gesamteindruck von der Haltung der Volkssozialisten zu konkreten wirtschaftlichen und politischen Fragen war so verworren, dass viele Sympathisierende in Zweifel geraten sind. Die neueste weltpolitische Entwicklung, vor allem die Wiederaufnahme der grossen sowjetischen Atomexplosionsversuche wie überhaupt das brutale machtpolitische Vorgehen Moskaus, hat ausserdem die Chancen der Volkssozialisten geschwächt, und es sieht nicht so aus, dass ihr Versuch, bei der sozialdemokratischen Arbeiterpartei "einzubrechen", Glück haben wird.

Seit 1935 regiert die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die 1949 ihren höchsten Stand mit 85 von insgesamt 150 Sitzen erreichte. Den zweithöchsten Stand erreichte sie bei der letzten Wahl im Jahre 1957, als sie 78 Sitze und 48,33 Prozent der Stimmen errang. Der Kampf der Oppositionsparteien geht darauf hinaus, den Sozialdemokraten ihre drei Mehrheitsmandate abzunehmen. Ob die Wähler den Oppositionsparteien diese Parolen abnehmen werden, ist allerdings fraglich. Nicht nur marschieren die Oppositionsparteien getrennt, sie haben auch keine Möglichkeiten, vereint zu schlagen. Wenige Tage vor der Wahl zeigen die Meinungsuntersuchungen, dass die Prozentzahlen für die Sozialdemokraten günstiger sind als zu den entsprechenden Zeitpunkten vor den Wahlen im Jahre 1957. Bei den meisten ist die Auffassung vorherrschend, dass Einar Gerhardsen es diesmal wieder schaffen wird, und dass es ihm sogar vielleicht gelingt, die sozialdemokratische Mehrheit zu vergrössern.

Trübe Quellen

Dieser Artikel wurde von dem bekannten schwedischen Hitler-Gegner und Publizisten Armas Sastamoinen, Verfasser des Buches "Hitlers schwedische Vortrupps" geschrieben. Im Herbst erscheint von ihm ein Buch über die skandinavischen und europäischen neo-nazistischen Sekten, die an die sogenannte Malmöer Zentrale angeschlossen sind.

Eine kürzlich eröffnete Propagandazentrale in Malmö, die unter dem Doppelnamen "Skandinavische Presseagentur - Reportagezentrale" auftritt, vertreibt an deutsche Zeitungen Artikel über deutsche Emigranten, die der Schreckensherrschaft Adolf Hitlers entflohen und nach dem Kriege im politischen Leben des demokratischen Deutschlands eine hervorragende Rolle gespielt haben. Bis jetzt hat das Büro Artikel über den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, und über den Berliner Bürgermeister Willy Brandt vertrieben.

Wer steht dahinter?

Die "Skandinavische Presseagentur - Reportagezentrale" ist nicht so wie andere schwedische Nachrichtenbüros registriert. Sie steht nicht im Fernsprechnachbuch. Sie gibt keine Anschrift an, sondern begnügt sich mit einer Postschliessfachnummer in Malmö. Namen von Personen fehlen gänzlich. Diese Presseagentur tritt mit anderen Worten anonym auf. Wer steht dahinter?

Die Skandinavische Presseagentur gehört jemand namens Werner Göst, der sich in seinen Jugendjahren der Nazipartei Svensk Socialistisk Samling (SSS) anschloss. Während des Krieges verteidigte diese Partei die Politik Vidkun Quislings in Norwegen und Fritz Clausens in Dänemark. SSS war an der deutsch-nazistischen Infiltrationspolitik in Schweden beteiligt.

Werner Göst ist unter vielen verschiedenen Namen aufgetreten, und sein Vorleben hätte durchaus der Vergangenheit angehören können, wenn er sich nun nicht als Vertreter der politischen Enthaltsamkeit und als Wächter der Moral auf die deutsche Wahlpropaganda gestürzt hätte. Werner Göst hat sich manchmal Karl West, zuweilen auch Karl Johansson genannt. Als Leiter der Skandinavischen Presseagentur tritt er manchmal unter dem Decknamen Alexander, einem seiner Vornamen, auf. Der Name West gebrauchte er während des Krieges in seinen Beziehungen zur Deutschen Informationszentrale in Stockholm, die in Nazigegnerkreisen als eine Spionagezentrale betrachtet wurde und die an der Werbung von Freiwilligen für die Waffen-SS beteiligt war.

Verbindungen zur Gestapo

Als aktives Mitglied von SSS war Göst, alias West, alias Johansson, verantwortlicher Schriftleiter der Jugendzeitung dieser Partei (Ungt Folk - Junges Volk), und er war sogenannter Jungetabschef in der Jugendbewegung (Nordisk Ungdom - Nordische Jugend). Vom Jahre 1942 bis zum Kriegsende war er die rechte Hand des Parteiführers, des Wachtmeisters

Sven Olof Lindholm. SSS war nach rein militärischem Vorbild aufgebaut, und die Jugendbewegung war eine Nachahmung der Hitlerjugend.

Als Jungstabschef hatte Göst-West-Johansson Beziehungen zum Akademischen Austauschdienst in Stockholm. Nach einem Brief im Jahre 1942 von Dr. Brauersfeld in dieser Institution wünschte ein Herr Böning in der genannten Deutschen Informationszentrale Verbindungen zu weiteren Mitgliedern von SSS, und besonders wird Werner Göst hervorgehoben, dem Propagandamaterial, darunter ein von der schwedischen Zensur verbotener deutscher Film, versprochen wird. Göst unternahm mehrere Reisen ins Dritte Reich, und er organisierte auch "Studienfahrten" nach dort. Jeder weiss, was "Studienfahrten" damals bedeuteten.

Dr. Brauersfeld war neben dem Regierungsrat Finke Leiter des Sicherheitsdienstes der deutschen SS in Schweden. Brauersfeld wurde nach Kriegsende von den Alliierten als Kriegsverbrecher verhaftet und wegen der Verfolgung von Norwegern, Dänen und Angehörigen anderer Nationen, die nach Schweden geflohen waren, zur Rechenschaft gezogen.

Göst alias West gab im Kriege eine Zeitschrift heraus, die sich "Svens Flygtidning" (Schwedische Luftfahrtzeitschrift) nannte. Die grossen und zahlreich vorhandenen deutschen Anzeigen deuteten darauf hin, dass sie finanziell unterstützt wurde. Die Zeitschrift, die für die Göringsche Luftwaffe Propaganda machte, erklärte auch klar und deutlich, dass sie sich Adolf Hitlers Neuordnung anschloss.

Nach dem Kriege umgesattelt

Die Aktienmehrheit, die einem bekannten schwedischen Nazi gehörte, wurde nach dem Friedensschluss verkauft. Die Bedingung bei dem Geschäftsabschluss war, dass keine neue Luftfahrtzeitschrift vor dem Jahre 1951 herausgebracht werden sollte. Schon kurze Zeit darauf begann Göst, eine neue Zeitschrift "Nordiska Flygtidningen" (Nordische Luftfahrtzeitschrift) herauszugeben - jedoch nicht unter seinem richtigen Vornamen Werner, sondern unter dem Vornamen seines Bruders, Hans. In der Redaktion von "Nordiska Flygtidningen" befanden sich wieder alle seine nazistischen Kampagne von "Svens Flygtidning". Jetzt hatte man aber umgesattelt. Die erste Nummer von "Nordiska Flygtidningen" wurde von einem Artikel über die russische Luftfahrt beherrscht. Laut einer Einleitung - sicherlich einer lügenhaften - sollte der Artikel durch die "Prawda" vermittelt worden sein.

In September 1945 wurde auf dem Flugplatz Kastrup in Dänemark eine grosse amerikanische Luftparade abgehalten. Hier befand sich nun Göst-West als "antinasistischer Kämpfer". Der fanatische Bewunderer Hitlers und Kollaborateur Göst verbrüdete sich mit amerikanischen Militärs und dänischen Widerstandskämpfern. Es gelang ihm, es zustande zu bringen, dass einer seiner Kampagne eine Aufnahme von ihm machte, als er dem USA-Major Leo Mandell die Hand schüttelte. Wenn Major Mandell gewusst hätte, wen er begrüsst hatte, hätte er sich sicherlich schnellstens die Hände gewaschen.

Etwa zehn Jahre später (1956) befand sich Göst wieder auf einem Besuch in Dänemark, diesmal als Journalist in "Nordisk Motortidning" (Nordische Motorzeitschrift). Er wollte eine Autoausstellung in Kopenhagen besuchen. Dort stand er stramm, führte den Hitlergruss aus und begann, das Horst-Wessel-Lied zu singen. Als man ihn festnahm, stellte es sich heraus, dass Göst durch reichlichen Alkoholgenuss dazu ermutigt worden war.

+ + +